

Erster Beigeordneter Sterzenbach geht auf den bisherigen Beratungsverlauf und die beiden möglichen Varianten eines Knotenpunktes oder eines Kreisverkehrs ein. Er berichtet, dass die Planung zur Knotenlösung seit der letzten Beratung verfeinert wurde.

Die Planung zur Kreisverkehrslösung beinhaltet noch keine Darstellung von 6/2 Busparkplätzen. Dies sei aber lt. Aussage des Fachplaners möglich und werde von der Verwaltung angestrebt. Wie bereits mitgeteilt, wurden im Rahmen eines Behördentermins mit Landesbetrieb Straßen, Polizei, Straßenverkehrsamt Bedenken gegen diese Lösung vorgebracht. Aus Sicht der Verwaltung halte man diese Bedenken jedoch für lösbar. Wenn auch schon in der damaligen Vorlage angerissen, müsse man die Gründe für eine Kreisverkehrslösung vielleicht doch noch einmal betonen: Höhere städtebauliche Qualität, allgemein günstigere Unfallbilanz als bei nicht signalisierten Knoten, geschwindigkeitsreduzierende Wirkung auch bei Schwachlast bis in die zuführenden Straßen hinein, bei wie hier bis 20.000 KFZ täglich in der Regel höhere Leistungsfähigkeit als ein signalisierter Knoten, Umbau in einen KV wird in aller Regel nach einer Eingewöhnungszeit von Verkehrsteilnehmern und Anwohnern positiv aufgenommen. Daher komme die Verwaltung zu dem Ergebnis, dass beide Varianten verfolgenswert seien und macht dem Ausschuss folgenden Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die im ABV am 11.07.2017 vorgestellte Lösung als Verkehrsknoten mit neuer Linksabbiegerspur – Variante **1\_a/ 1 b** - in die weitere Planung bis auf weiteres zu übernehmen. Gleichermaßen soll aber die in derselben Sitzung vorgestellte Kreisverkehrslösung planerisch so vertieft werden, dass die vorerst bestehenden Bedenken der Fachbehörden möglichst abgearbeitet werden.
2. Im weiteren Planungsweg soll bei beiden Lösungen Grunderwerb vermieden werden.
3. Nach entsprechender Vertiefung **beider** Lösungen, die, wenn zweckmäßig, eine Sicherheitsaudit einschließen kann, sollen diese dem ABV und dem Rat für eine endgültige Grundsatzentscheidung vorgelegt werden.

Herr Dohrmann begrüßt den Beschlussvorschlag des Ersten Beigeordneten und beantragt nach Abwägung der neuen Informationen, den Beschlussvorschlag dahingehend abzuändern, dass die Kreisverkehrsvariante bevorzugt zu prüfen ist.

Herr Liene berichtet, dass die Kreisverkehrsvariante viele positive Aspekte habe. Dennoch gäbe es sicherlich Gründe, weshalb mehrere Fachbehörden der Meinung sind, dass diese Variante in der Bahnhofstraße nicht möglich sei. Es sei nicht Wunsch seiner Fraktion, sich als politisches Gremium über die Meinung von Fachplanern zu stellen. Man unterstütze den Beschlussvorschlag dahingehend, dass seitens eines Fachplaners geprüft werden solle, ob ein Kreisverkehr an dieser Stelle möglich ist und die entsprechenden Behörden überzeugt werden können. Ergänzend beantrage man, die ITG ebenfalls in dieses Projekt unter Einbeziehung ihrer eigenen Fachplaner einzubinden.

Herr Sterzenbach antwortet, dass man ohnehin vorhabe, die ITG in das Projekt einzubeziehen, man dies aber auch gern in den Beschluss aufnehmen könne.

Herr Thienel erläutert, dass seine Fraktion den Schwerpunkt auf die Optimierung des öffentlichen Personennahverkehrs lege. Für sie sei es sehr wichtig, dass min. 6 Busparkplätze vorhanden sind. Des Weiteren sei es wichtig, die Kreuzung Kurscheid's Eck und die mögliche Bahnüberführung Brückenstraße im Kontext zu diesem Umbau zu sehen. Einer Prüfung beider Varianten stehe man offen gegenüber.

Frau Wegscheid möchte wissen, wo in der Planung zukünftig die Taxistände angeordnet werden. Frau Seifert antwortet, dass die Taxistände in der Planung noch nicht berücksichtigt wurden. Es sei vorstellbar, diese auf die Nordseite der Bahnhofstraße in Höhe Villa Boge anzusiedeln.

Herr Sterzenbach ergänzt, dass es vorstellbar sei, den Taxis, als Teil des öffentlichen Personenverkehrs eine Zufahrtsmöglichkeit inkl. Ein- und Ausstiegsmöglichkeit für Fahrgäste mit einzuplanen.

Des Weiteren erläutert Frau Wegscheid, dass ihrer Meinung nach zu wenig Kiss & Ride Parkplätze vorhanden seien.

Frau Kau fragt, ob sich bei den Varianten etwas zur Einschätzung der Förderfähigkeit ändere. Herr Sterzenbach antwortet, dass hierzu derzeit keine konkrete Aussage getroffen werden kann, da der NVR sich zu beiden bekannten Varianten noch nicht abschließend geäußert habe.

Im Anschluss an die Beratung lässt Vorsitzender Müller über den aktuellen Beschlussvorschlag mit den Modifikationen der Herren Dohrmann und Liene abstimmen.